



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 13. Juni 2022
(OR. en)

10055/22

LIMITE

ECOFIN 605
UEM 177

Interinstitutionelle Dossiers:
2022/0179(NLE)
2022/0178(NLE)

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)/Rat

Betr.: ENTWURF eines Schreibens des Präsidenten des Rates (Wirtschaft und Finanzen) an den Europäischen Rat
Erweiterung des Euro-Währungsgebiets – Kroatien

Die Delegationen erhalten anbei den Entwurf eines Schreibens des Präsidenten des Rates (Wirtschaft und Finanzen) an den Europäischen Rat betreffend die Erweiterung des Euro-Währungsgebiets um Kroatien.



WIRTSCHAFTS- UND FINANZAUSSCHUSS

DAS SEKRETARIAT

Brüssel, 17. Juni 2022

ENTWURF

*Schreiben des Präsidenten des Rates (Wirtschaft und Finanzen)
an den Europäischen Rat*

Erweiterung des Euro-Währungsgebiets – Kroatien

Gemäß den in Artikel 140 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV oder „Vertrag“) festgelegten Verfahren hat der Rat (Wirtschaft und Finanzen) die von der Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) erstellten Konvergenzberichte erörtert und insbesondere den von der kroatischen Wirtschaft erreichten Konvergenzstand sowie die Vorschläge der Kommission zur Aufhebung der Ausnahmeregelung für Kroatien mit Wirkung vom 1. Januar 2023 bewertet.

Ich möchte Ihnen in eigener Verantwortung die wichtigsten Punkte der Beratungen darlegen, die der Rat (Wirtschaft und Finanzen) auf seiner Tagung vom 17. Juni geführt hat. Diese Zusammenfassung stellt keinen förmlichen Standpunkt des Rates (Wirtschaft und Finanzen) dar, sondern dient der Unterrichtung des Europäischen Rates über unsere Beratungen. Der Rat wird im Juli entsprechende förmliche Beschlüsse hierzu fassen, wobei er den Stellungnahmen des Europäischen Parlaments und der EZB sowie den Beratungen des Europäischen Rates und den Empfehlungen der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gemäß Artikel 140 Absatz 2 AEUV Rechnung tragen wird.

Die Ministerinnen und Minister haben die wirtschaftlichen Entwicklungen in Kroatien erörtert und das Konvergenzniveau des Landes einer Bewertung unterzogen. In den Beratungen wurden die folgenden Elemente hervorgehoben:

- **Öffentliche Finanzen:** Aufgrund der COVID-19-Krise stieg das öffentliche Defizit 2020 drastisch an (7,3 %). Allerdings konnte das Defizit bereits 2021 auf unter 3 % gesenkt werden; treibende Faktoren waren eine vollständige wirtschaftliche Erholung und eine schrittweise, aber konsequente Einstellung der befristeten Sofortmaßnahmen. In Kroatiens Konvergenzprogramm für 2022 wird davon ausgegangen, dass sich das öffentliche Defizit von 2,9 % des BIP im Jahr 2021 auf 2,8 % des BIP im Jahr 2022 und 1,6 % des BIP im Jahr 2023 verringern wird. In ihrer Frühjahrsprognose 2022 geht die Kommission davon aus, dass sich das öffentliche Defizit 2022 weiter auf 2,3 % des BIP und 2023 auf 1,8 % des BIP verringern wird. Eine günstige Differenz zwischen Zinssatz und Wachstumsrate vorausgesetzt, dürfte die Staatsverschuldung 2023 der Prognose der Kommission zufolge auf 73,1 % des BIP sinken, d. h. nahezu auf das Niveau vor der COVID-19-Pandemie im Jahr 2019, und bis Mitte der 2020er-Jahre weiter zurückgehen. Vor allem durch die Umsetzung der noch ausstehenden Anforderungen der Richtlinie des Rates über die Haushaltsrahmen (2011/85/EU) hat Kroatien seinen haushaltspolitischen Rahmen in jüngster Zeit erheblich gestärkt. Mit dem im Dezember 2021 verabschiedeten neuen Haushaltsgesetz wurden erhebliche Verbesserungen erzielt, unter anderem in Bezug auf das Prognoseverfahren sowie die Kohärenz und den Detaillierungsgrad der mittelfristigen Haushaltsplanung.
- **Preisstabilität:** Im April 2022 lag der Zwölfmonatsdurchschnitt der Inflationsrate bei 4,7 %, d. h. unter dem Referenzwert von 4,9 %. Im Allgemeinen hat sich die Inflationsentwicklung in Kroatien in den zehn Jahren vor der COVID-19-Krise eng an die des Euro-Währungsgebiets angeglichen. Die Inflation in Kroatien weicht in den zurückliegenden Monaten von der des Euro-Währungsgebiets ab, was zum Teil auf die höheren Lebensmittelpreise zurückzuführen ist, aber auch auf eine stärkere wirtschaftliche Erholung als im Euro-Währungsgebiet. Die Inflationsrate wird jedoch in den kommenden Monaten voraussichtlich unter dem Referenzwert bleiben und sowohl 2022 als auch 2023 nahe am Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets liegen. Die erfolgreiche Integration Kroatiens in das Euro-Währungsgebiet wird eine kontinuierliche Überwachung einer Reihe von Aufwärtsrisiken in Bezug auf die Inflation sowie angemessene, den Aufholprozess begleitende Maßnahmen erfordern. Die Lohnfestsetzung könnte noch besser an die Produktivitätsentwicklung angepasst werden, wobei die führende Rolle des öffentlichen Sektors zu berücksichtigen ist. Die Umsetzung des Aufbau- und Resilienzplans dürfte Inflationsrisiken mindern, da viele der in dem Plan enthaltenen Reformen für mehr Wettbewerb auf dem Markt sorgen und die Kosten für Unternehmen senken und damit langfristig einen gewissen Abwärtsdruck auf die Preise der Endprodukte erzeugen können.

- **Wechselkursstabilität:** Die kroatische Kuna trat dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) am 10. Juli 2020 bei und verzeichnet einen Leitkurs von 7,53450 EUR mit einer Standardbandbreite von $\pm 15\%$. In den letzten beiden Jahren ist die Kuna weitgehend stabil geblieben; Schwankungen verliefen in einer engen Bandbreite von weniger als $\pm 1\%$ ihres Leitkurses gegenüber dem Euro. Beim Beitritt zum WKM II verpflichteten sich die Behörden zur Einhaltung von nach dem Beitritt geltenden Anforderungen, um vor der Einführung des Euro ein hohes Maß an dauerhafter wirtschaftlicher Konvergenz zu erreichen. Die Kommission hat ihre Einschätzung vorgelegt, nach der die Verpflichtungen vollständig umgesetzt worden sind.
- **Langfristige Zinssätze:** Der durchschnittliche langfristige Zinssatz lag in Kroatien in den zwölf Monaten bis April 2022 bei 0,8 % und damit 1,8 Prozentpunkte unter dem Referenzwert von 2,6 %.
- Die **nationalen Rechtsvorschriften**, einschließlich der Satzung der nationalen Zentralbank Kroatiens, sind mit den Artikeln 130 und 131 AEUV sowie mit der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank vollständig vereinbar.

Weitere Faktoren, auf die der Vertrag verweist, wurden ebenfalls geprüft, wie etwa die Entwicklung der Zahlungsbilanz und die Integration der Produkt- und Finanzmärkte. Die kroatische Wirtschaft ist gut in die EU-Wirtschaft integriert, doch wurde Kroatien 2021 für eine eingehende Überprüfung im Rahmen des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht vorgeschlagen, da der Nettoauslandsvermögensstatus (NIIP), das Wachstum der Lohnstückkosten (LSK), der Anstieg der Wohnimmobilienpreise und der gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand über den indikativen Schwellenwerten lagen. Die Ergebnisse der eingehenden Überprüfung 2022 der Kommission deuten jedoch darauf hin, dass der Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte 2021 wieder aufgenommen wurde. Kroatiens Aufbau- und Resilienzplan sollte Reformen in verschiedenen Bereichen erleichtern und somit mittelfristig den weiteren Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte unterstützen. Die Erholung hat auch die Verschuldungsquote des Privatsektors gesenkt, die inzwischen fast wieder das Niveau von vor der Pandemie erreicht hat. Sowohl die Verschuldung der privaten Haushalte als auch die der Unternehmen liegen unter den aufsichtlichen Schwellenwerten, allerdings nach wie vor über dem Niveau, das die Fundamentaldaten nahelegen. Die Zahlungsbilanzen haben sich verbessert, und beim Nettoauslandsvermögensstatus (NIIP) ist wieder ein Aufwärtstrend zu verzeichnen. Eine Reihe von Reformen des Aufbau- und Resilienzplans dürfte dazu beitragen, den haushaltspolitischen Rahmen, die Kosteneffizienz im öffentlichen Sektor und den Zugang zu Finanzmitteln zu verbessern und den Rahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche (AML) sowie das Unternehmensumfeld stärken. Zugleich dürften diese Reformen das Exportpotenzial der Wirtschaft, die Erwerbsbeteiligung und die langfristige Produktivität steigern. Die Behörden sollten sicherstellen, dass die im Aufbau- und Resilienzplan vorgesehenen Reformen rechtzeitig und vollständig umgesetzt werden.

Angesichts dieser Analyse teilen die Ministerinnen und Minister für Wirtschaft und Finanzen die Einschätzung der Kommission und der EZB, wonach Kroatien die Vereinbarkeit der Rechtsvorschriften erreicht hat und die Konvergenzkriterien erfüllt, und sie sind – auch unter Berücksichtigung der weiteren Faktoren – zu der Auffassung gelangt, dass Kroatien die Voraussetzungen für die Einführung des Euro erfüllt.

Die Ministerinnen und Minister betonten ferner die Bedeutung der Verpflichtungen, die Kroatien im Juli 2020 mit dem Beitritt zum WKM II eingegangen ist und die als sehr wichtig für die Erreichung eines hohen Grades an nachhaltiger wirtschaftlicher Konvergenz und für eine erfolgreiche Teilnahme an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erachtet wurden. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur Stärkung des Rahmens für die Bekämpfung der Geldwäsche im Anschluss an die Umsetzung der fünften Geldwäscherichtlinie, die Verringerung der administrativen und finanziellen Belastung für die Wirtschaft durch weitere Vereinfachung der Verwaltungsverfahren und die Senkung steuerähnlicher und nichtsteuerlicher Abgaben, die Verbesserung der Unternehmensführung staatseigener Unternehmen sowie die Stärkung des nationalen Insolvenzrahmens im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2019/1023.

Die Ministerinnen und Minister befürworten die Vorschläge der Kommission, die Ausnahmeregelung für Kroatien mit Wirkung vom 1. Januar 2023 aufzuheben, und begrüßen die Erweiterung des Euro-Währungsgebiets um Kroatien.

Die Ministerinnen und Minister begrüßen die Empfehlung, die die Mitglieder des Rates angenommen haben, die die Mitgliedstaaten vertreten, deren Währung der Euro ist. Sie ermutigen die kroatische Regierung nachdrücklich, für die Zeit nach 2023 eine Haushaltspolitik zu verfolgen, die darauf abzielt, mittelfristig eine vorsichtige Haushaltslage zu erreichen und weitere im kroatischen Aufbau- und Resilienzplan vorgesehenen Strukturreformen und Investitionen sowie eine solide mikro- und makroprudenzielle Politik durchzuführen, um eine nachhaltige Konvergenz, insbesondere eine Inflationskonvergenz, aufrechtzuerhalten und eine erfolgreiche Teilnahme an der Währungsunion zu gewährleisten. Die Ministerinnen und Minister begrüßen die diesbezügliche feste Zusage der kroatischen Regierung.